

Schweiz

Tages-Anzeiger vom 29.12.2006

Kein Dialog über Menschenrechte

Der Verband des Schweizer Sports lehnt im Hinblick auf die Olympischen Spiele in China den Dialog über Menschenrechte ab. Amnesty International ist empört.

Von Bettina Mutter, Bern

Die Vergabe der Olympischen Sommerspiele nach Peking hatte im Jahr 2001 wegen der Menschenrechtssituation in China weltweit heftige Diskussionen ausgelöst. Das Bewerbungskomitee hatte wohl zugesichert, es wolle die Menschenrechte ausbauen helfen. Die Situation hat sich aber seither kaum verbessert. Wenn Proteste laut werden, verweist das Internationale Olympische Komitee (IOK) auf die ethischen Prinzipien der Olympischen Charta - in der Hoffnung, China halte sie ein.

Auch Schweizer Athleten werden im Sommer 2008 in China um eine Medaille kämpfen. Die Swiss Olympic Association als Dachverband des Schweizer Sports klammert die heikle Frage der Menschenrechte jedoch aus. Sie hat für die Sportler den Slogan «Passion. Power. Performance» kreiert. Mit Leidenschaft, Stärke und Leistung sollen die Schweizer eine «Top-Ten-Rangierung» erreichen - ohne dabei von politischen Diskussionen abgelenkt zu werden. Verbandspräsident Jörg Schild verweist auf ein internes Memorandum, welches diesen Grundsatz betont. «Es besteht keine Veranlassung, irgendwelche politisch motivierten Aktivitäten zu entfalten», heisst es in der zwölf Zeilen langen Erklärung «Verhältnis des Sports zur politischen Situation in China».

Die Schweizer Sektion von Amnesty International geht die Sache genau umgekehrt an. Sie sieht in den Spielen eine Chance, den Druck auf China zu erhöhen. Generalsekretär Daniel Bolomey nahm das Memorandum zum Anlass, den Sportverband schriftlich zum Dialog aufzufordern. Vor Weihnachten traf die Antwort von Jörg Schild und dem scheidenden CEO Marco Blatter ein. Sie ist negativ - und deutlich.

Swiss Olympics für unbelastete Spiele

Schild und Blatter schreiben in ihrer Absage, die Athleten müssten in China Höchstleistungen erbringen. «Zusätzliche Belastungen wirken sich erfahrungsgemäss negativ auf die Leistungsbereitschaft aus.» Nicht die Menschenrechte, sondern das warme Klima in China weckt bei Schild und Blatter Besorgnis. «Die klimatischen Bedingungen sind in Peking bereits Herausforderung genug», schliessen sie ihren Brief ab.

Dieser Satz löste bei Amnesty International Empörung aus. Bolomey bezeichnet die Haltung der Sportfunktionäre als «inakzeptabel». International scheint nämlich Bewegung in den Dialog zwischen Sport und Menschenrechtsorganisationen zu kommen. Anfang Januar trifft sich eine Delegation von Amnesty International mit der Spitze des IOK. Und bereits am 16. November hat laut Amnesty in Holland ein konstruktives Treffen mit dem örtlichen Olympischen Komitee stattgefunden. Im Januar wird der Dialog in Schweden lanciert.

In der Schweiz dürfte er Amnesty verwehrt bleiben. Sportverbandspräsident Jörg Schild gibt zwar zu, es mangle seinem Schreiben «eindeutig an Diplomatie». Er würde den Brief heute anders formulieren. An seiner Haltung ändert dies aber nichts. Er sei der Auffassung, «dass sich die Politik und nicht der Sport» um eine verbesserte Menschenrechtssituation in China bemühen solle. «Unsere Sportler sind dafür die falsche Adresse», sagt Schild.

Diese Haltung entzweit jene Politiker, die sich für Sport engagieren. Jürg Stahl, Zürcher SVP-Nationalrat und Präsident der parlamentarischen Gruppe Sport, will Sportler «nicht für das Thema Menschenrechte missbrauchen». Die Aargauer SP-Nationalrätin Pascale Bruderer ist als Vizepräsidentin der Gruppe anderer Meinung. «Auf den Menschenrechtsdialog mit Amnesty sollte Swiss Olympics unbedingt eintreten», sagt die Sportlerin. «Es ist eine Chance».

Linke Politiker fordern zur Kritik auf

Parlamentarier der Menschenrechtsgruppe fürchten zudem, schweigende Schweizer Sportler würden von der chinesischen Regierung instrumentalisiert. Der Zürcher SP-Nationalrat Mario Fehr findet Schilds Haltung deswegen «höchst bedauerlich». Schild mache «einen Schritt rückwärts», weil zwischen der Schweiz und China ein Menschenrechtsdialog aufgebaut worden sei (siehe Kasten). Dem dürfe sich der Sport nicht verschliessen. «Das wäre beschämend für die Schweiz», sagt auch der Genfer SP-Nationalrat Carlo Sommaruga. Er fordert die Sportler und deren Funktionäre auf, «ihre Präsenz in China zu nutzen und die Menschenrechtsverletzungen anzuprangern».

Doch Swiss Olympics-Präsident Schild lässt sich nicht beirren. Und der abtretende Marco Blatter will sich nicht mehr äussern. Er übergibt seinen CEO-Posten am 31. Januar an Marc-André Giger, bisher Chef von Santésuisse. Vor Weihnachten wählte der Bundesrat Giger zudem in die Kommission von Präsenz Schweiz. Sie soll das Erscheinungsbild der Schweiz im Ausland pflegen. Auch Giger äussert sich nicht. Er sei noch nicht im Amt.